

Pressemitteilung

Osnabrück, 31.08.2018

Zur Ratssitzung am vergangen Dienstag und den Umgang mit dem Antrag der Ratsfraktion DIE LINKE. zur kommunalen Wirtschaftsförderung erklärt Fraktionsvorsitzende Giesela Brandes-Steggewentz:

"Wir sind entsetzt, dass unser Antrag über Anforderungen an die kommunale Wirtschaftsförderung keine Zustimmung gefunden hat. Wir finden es absolut unverständlich, dass kein Interesse besteht, die Situation von Beschäftigten in den Unternehmen unserer Region zu verbessern und nur von der SPD-Fraktion ein Interesse an Gesprächen mit den Gewerkschaften gezeigt wurde.

Eine kommunale Wirtschaftsförderung, in der als Lobbyorganisation nur die Wirtschaft mit einigen Fraktionsvertreter*innen im Hinterzimmer sitzt und Entscheidungen fällt, aber für Gespräche mit Arbeitnehmer*innen und ihrer Vertretung, den Gewerkschaften, überhaupt keine Möglichkeiten geschaffen werden, ist nicht akzeptabel.

Im Wirtschaftsprozess schaffen die Beschäftigten die Werte, sie müssen daher auch dementsprechend in den Gremien der kommunalen Wirtschaftsförderung mitreden. Das derzeitige Vorgehen halten wir daher für zutiefst undemokratisch.

Das vom Oberbürgermeister nun unsere Anforderungen „mal in den Aufsichtsrat mitgenommen werden“ ist völlig unzureichend. Das es der Rat nicht schafft hier einen Beschluss zu fassen, um zumindest ein Gespräch mit den verschiedenen Akteur*innen zu organisieren, ist für uns unverständlich.

Leider passt es ins Bild, wenn es um Themen der prekären Beschäftigung, der Langzeitarbeitslosigkeit oder Ähnlichem geht. Anträgen dazu wird leider zumeist die Zustimmung in diesem Rat verweigert–unfassbar!"

V.i.S.d.P.: Lars Wöllecke | Fraktion DIE LINKE, Stadt Osnabrück | Bierstraße 29/30 | 0541/3234595 | 0152/56750888 | linkstraktion@osnabrueck.de | <http://www.linkstraktion-os.de> | [facebook.com/linkstraktionOS](https://www.facebook.com/linkstraktionOS) | [Twitter: @linkstraktionOS](https://twitter.com/linkstraktionOS)

Pressemitteilung